



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 52 - Plenarwoche 13. - 17. November 2006

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

Am 1.1.2007 übernimmt Deutschland die Ratspräsidentschaft, welche bislang Finnland obliegt. Die Ratspräsidentschaft wechselt alle 6 Monate, so dass Deutschland bis Ende Juni 2007 den Vorsitz im Ministerrat führen wird. Während dieser Zeit wird Deutschland in enger Abstimmung mit der Europäischen Kommission mit den nachfolgenden Ratspräsidentschaften Portugal und Slowenien kooperieren.

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat sich die folgenden vier Schwerpunkte gesetzt.

1. Die Zukunft der Europäischen Union

Geplant ist ein Bericht zum aktuellen Diskussionsstand des Verfassungsprozesses, der auch künftige Entwicklungen ausloten soll. Die Schlussfolgerungen dienen dabei als Grundlage des Reformprozesses der nächsten Ratspräsidentschaften. Des Weiteren soll ein ergebnisoffener Dialog im Rahmen des Beitritts der Türkei geführt werden.

2. Umfassende Umsetzung der Lissabon-Strategie

Zur umfassenden Umsetzung der Lissabonstrategie gehören die Vollendung des Binnenmarkts, die Überprüfung der Binnenmarktstrategie und der europäischen Beschäftigungsstrategie, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen. Darüber hinaus muss die externe Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden. Von großer Bedeutung ist auch die Weiterentwicklung des europäischen Sozialmodells in Hinblick auf Chancengleichheit. Entscheidend ist auch die Fortsetzung der besseren Rechtssetzung und des Bürokratieabbaus. Auch im Bereich der Energieversorgung soll ein Aktionsplan geschaffen werden. Wichtig ist die Förderung von Wissenschaft und Innovation sowie des Umweltschutzes.

3. Stärkung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Recht

Hier ist die Überarbeitung der europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik, insbesondere die Zusammenarbeit der Asylbehörden, der Schutz der Außengrenzen, sowie die verstärkte Zusammenarbeit in Angelegenheiten von Polizei und Justiz gefragt.

4. Stärkung der EU in den Bereichen der Sicherheits-, Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik

Ein weiterer Schwerpunkt wird die Sicherung und Ausweitung eines Europäischen Raums der Sicherheit und Stabilität sein. Dazu gehört auch die Stärkung der transatlantischen Beziehungen und der Ausbau von strategischen Partnerschaften, z.B. mit China.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Dienstleistungsrichtlinie

Das EP hat die Dienstleistungsrichtlinie in zweiter und letzter Lesung endgültig verabschiedet. Ziel der Richtlinie ist es, bürokratische Hindernisse zu beseitigen, grenzüberschreitende Dienstleistungen zu erleichtern und somit den Binnenmarkt für Dienstleistungen zu vollenden. Die Richtlinie gilt für Dienstleistungen, die von einem in einem Mitgliedstaat niedergelassenen Dienstleistungserbringer

angeboten werden. Sie gilt nur für Dienstleistungen, die für eine wirtschaftliche Gegenleistung erbracht werden. Innerhalb von drei Jahren müssen die Mitgliedstaaten nun die Richtlinie in nationales Recht umsetzen. Das positive Votum des EP war möglich geworden, da der Ministerrat sich in seinem Text sehr eng an den Beschluss des EP aus Erster Lesung angelehnt und dessen Änderungen weitgehend übernommen hat.

2. Richtlinie zur Verwendung von Quecksilber in Messinstrumenten

Das EP hat Stellung genommen zum Vorschlag der EU-Kommission zur Beschränkung des Inverkehrbringens gewisser quecksilberhaltiger Messinstrumente. Nach Ansicht der Abgeordneten soll zukünftig das Inverkehrbringen von Quecksilber in Fieberthermometern und anderen, zum Verkauf an die breite Öffentlichkeit bestimmten Messinstrumenten, wie z. B. Manometern und Blutdruckmessgeräten, verboten werden. Das Verbot erstreckt sich nur auf das Inverkehrbringen neuer Messinstrumente und gilt daher nicht für Geräte, die bereits in Verwendung sind, oder die bereits in Verkehr gebracht wurden.

3. Europäisches Parlament lehnt Vorschlag zur Agrarfinanzierung ab

Das EP hat den Vorschlag der Kommission zur "freiwilligen Modulation" (Kürzung) der Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abgelehnt. Die Kommission müsse ihren Vorschlag zurückziehen, da er 1) die Existenzgrundlage vieler Betriebe gefährdet; 2) zu Wettbewerbsverzerrungen und einer vertragswidrigen Diskriminierung von Landwirten in einzelnen Mitgliedstaaten führt; 3) zu einer Aufgabe bzw. einer Renationalisierung der GAP führt und das Solidaritätsgebot der GAP aufgibt; 4) die Ziele der Gemeinschaft im ländlichen Raum missachtet und 5) die Beteiligungsrechte des EP verletzt. Die Abgeordneten betonten, dass mangels Folgenabschätzung oder belastbarer Zahlen einem derart weit reichenden Paradigmenwechsel nicht zugestimmt werden könne. Dies begründet sich damit, dass die Kommission u.a. vorschlug, die Mitgliedstaaten könnten im Rahmen der freiwilligen Modulation bis zu 20% aller Direktzahlungen kürzen und müssten die Modulation mit Ausnahme der Freistellung von Kleinempfängern an keinerlei Bedingungen knüpfen.

4. Europäischer Landwirtschaftsfonds

Ohne Änderungen hat das Plenum den Vorschlag der Kommission zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) angenommen. Alle Zahlungen im Zeitraum 2007–2013 für den Bereich der ländlichen Entwicklung werden aus dem ELER finanziert, der als alleiniger Fonds den EAGFL - Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft- ersetzen wird. In der Finanzierungsvereinbarung des Europäischen Rates vom Dezember 2005 wurden bestimmte Parameter für den gesamten Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums von 69,75 Mrd. € vor der Modulation festgelegt. Mindestens 33,01 Mrd. € werden unter den zehn neuen Mitgliedstaaten sowie Rumänien und Bulgarien, mit deren Beitritt am 1. Januar 2007 gerechnet wird, verteilt.

III. Weitere Themen waren

- Maßnahmen zum Schutz und Erhalt der Meeresumwelt
- Debatte zum Arbeits- und Legislativprogramm der EU-Kommission 2007
- Rahmenstrategie zur Mehrsprachigkeit
- Europäischer Erbschein

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
